

Immer häufiger und brutaler:
Angriffe auf Journalistinnen und
Journalisten. VON CAROLIN RAFFELSBAUER

Wir beobachten seit geraumer Zeit eine zunehmende Gewaltbereitschaft bei kleinen und Kleinstgruppierungen, also bei Menschen, die sich im Verhalten zu ihren Mitmenschen immer hemmungsloser verhalten. Diese verstörende Tatsache lässt sich sowohl gegenüber Feuerwehrleuten als auch Rettungssanitätern, Schiedsrichtern, Polizeibeamten und Medienschaffenden feststellen. Die Frage: „Geht's noch?“, liegt dem Beobachter sehr häufig auf den Lippen, denkt man nur zum Beispiel an die Silvesternacht auf 2023,

„Die freie und ungehinderte
Berichterstattung durch die
Medien ist ein elementares
Wesensmerkmal einer
Demokratie ...“

in der es zahlreiche konzertierte Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte gab. Zum Teil mag es sich um Hilflosigkeit in bestimmten Situationen handeln, die sich emotional ablädt, aber auf der anderen Seite hat es schlichtweg mit Respektlosigkeit gegenüber Helfenden zu tun, die „nur“ ihrem Job nachgehen.

Seit 1994 wird mit dem Internationalen Tag der Pressefreiheit jährlich am 3. Mai auf Verletzungen der Pressefreiheit sowie auf die grundlegende Bedeutung freier Berichterstattung für die Existenz von Demokratien aufmerksam gemacht.

In diesem Zusammenhang fand am 7. Mai 2021 im Deutschen Bundestag eine 75-minütige Debatte mit dem Schwerpunkt „Schutz von Pressefreiheit und Medien“ und Übergriffe auf Journalist*innen statt. Beunruhigender Anlass waren die deutlich häufigeren Übergriffe auf Medienschaffende seit Beginn der Covid-Pandemie. In allen Fraktionen – mit Ausnahme der AfD – war man sich einig, dass die freie und ungehinderte Berichterstattung durch die Medien ein elementares Wesensmerkmal einer Demokratie und des Rechtsstaates sei.

Zum Tag der Pressefreiheit veröffentlicht die Nichtregierungsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ (RSF), die sich weltweit für die Pressefreiheit und gegen Zensur einsetzt, jährlich den Press Freedom Index, eine Rangliste zur Medienfreiheit in 180 Ländern bzw. Gebieten.

¹<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw18-de-pressefreiheit-836902>, 4.1.2023

Geht's noch?



Vergleichend betrachtet, sinkt Deutschland in den letzten Jahren in dem Ranking. War es 2020 noch auf dem 11. Platz zu finden, rutschte Deutschland 2022 auf den 16. Platz – hinter die Seychellen (Platz 13), Litauen (Platz 9) oder Estland (Platz 4). Damit gilt die Lage als „zufriedenstellend“, das Land liegt weiterhin im oberen Mittelfeld der EU-Länder, jedoch setzt sich der Abwärtstrend weiter fort. Als Begründung gibt „Reporter ohne Grenzen“ an: „Die Ablehnung unabhängiger Medien durch Teile der Gesellschaft entlud sich 2021 noch häufiger in gewaltsamen Attacken – und das mehrheitlich im Kontext von Protesten gegen die Corona-Maßnahmen. Während mit 65 Fällen die Aggressivität bereits im Jahr 2020 sehr hoch war, verzeichnete RSF



2021 insgesamt 80 Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten."

Geht man von folgendem Grundsatz aus: Die freie und ungehinderte Berichterstattung durch die Medien ist ein elementares Wesensmerkmal einer Demokratie und des Rechtsstaates, schlittern wir seit geraumer Zeit offenen Auges auf eine Katastrophe zu. Pressevielfalt und Meinungspluralität sollte in unserem auf demokratischen Grundsätzen fußenden Staat die oberste Prämisse darstellen. Jedoch nehmen wir gerade zu Hochzeiten (sog. „Flüchtlingskrise“, Corona-Epidemie) vielfache Übergriffe auf Berichterstattende wahr; man spricht vom „Feindbild Journalist“, von „System-Huren“ oder hört auf Demonstrationen hasserfüllte Sätze wie:

„Lügenpresse-halt-die-Fresse“. Insbesondere Fotografen und Kameralleute geraten leicht in den Fokus der Angreifbarkeit, weil sie durch ihre Arbeitsutensilien schnell erkennbar sind. Einschüchterungen, sexualisierte Gewalt, digitale Gewalt, Beleidigungen, Niederschlagen und Zerstören von Kameras, tätliche Angriffe wie Schubsen, Bedrängen, Treten oder Bespucken begleiten die in vorderster Linie arbeitenden Medienschaffenden. Verbale Drohungen, Drohbriefe und Anfeindungen gehen bis ins private Umfeld, Nachteile bis zur erzwungenen Änderung der Lebensumstände (Umzug, Schulwechsel der Kinder) können die Folge sein. Sogar Redaktions- und Wohngebäude werden angegriffen, Scheiben zerschlagen, Türen blockiert und Fassaden angeschmiert.

„Die Presse muss die Freiheit haben, alles zu sagen, damit gewissen Leuten die Freiheit genommen wird, alles zu tun.“

Louis Terrenoire



2020 zählte RSF mindestens 65 gewalttätige Angriffe gegen Journalist*innen auf oder am Rande von landesweiten Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen, allen voran auf „Querdenker“-Demonstrationen, die nicht selten in gewalttätigen Übergriffen gipfelten. Damit hat sich die Zahl im Vergleich zum Jahr 2019 (13 Übergriffe) verfünffacht. Und, wie bereits oben erwähnt, handelt es sich hierbei um offizielle Zahlen: Nicht erfasst sind Bedrohungen, Nötigungen und Verhinderungen an der Berufsausübung. Als Beispiel sei nur das folgende erwähnt, weil dieser Vorfall bundesweite Aufmerksamkeit auf sich zog: Am 1. Mai 2020 ereignete sich ein besonders brutaler Angriff auf ein Team der ZDF-„heute show“ in Berlin. Eine Gruppe von etwa 15 Personen griff das Kamerateam überfallartig mit einer Eisenstange an, ein Betroffener wurde bis zur Bewusstlosigkeit getreten.

Das ist leider kein Einzelfall: Es gibt Dutzende Berichte, in denen Medienschaffende innerhalb von Sekunden von einem unkalkulierbaren Mob eingekreist, umstellt und bedrängt wurden. Da hilft dann nur ein Rückzug oder das Einschreiten der Polizei, um Schlimmeres zu verhindern, allerdings zu Lasten der freien Berichterstattung vor Ort.

Angriffe durch die Polizei

Nun gehen die Aggressionen jedoch nicht nur von Demonstranten aus, sondern es finden sich auch immer wieder Vorfälle aus den Reihen, die eigentlich auch Journalistinnen und Journalisten zum Schutz dienen sollten: Einerseits berichten Journalistinnen und Journalisten von körperlichen Angriffen durch Demonstrierende auf ihre Person, obwohl die Polizei anwesend war – und weder eingegriffen noch geholfen hat. Andererseits, so RSF, wurden 2021 zwölf bestätigte Fälle registriert, in denen Polizistinnen oder Polizisten selbst die Pressevertreter angriffen, zum Beispiel mit Schlagstöcken oder mit dem Strahl eines Wasserwerfers, der gezielt auf als „Presse“ gekennzeichnete Personen gerichtet worden war. Die Zahl 12 klingt im ersten Moment

als nicht sehr bedrohlich, allerdings, und das weiß jeder, der schon einmal einer Gefährdung ausgesetzt war, wird das wohl nur die Spitze des Eisbergs sein, weil die wenigsten Fälle überhaupt bekannt werden. Wir kennen keine verbindlichen Zahlen, die Behinderungen wie Platzverweise und Durchsuchungen durch die Polizei belegen. RSF schreibt: „Auf sich warten lässt indes die überfällige Neufassung der ‚Verhaltensgrundsätze zwischen Presse und Polizei‘, die beidseitig Rechte und Pflichten regelt.“

Das Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF), zu dessen Hauptaktivitäten die Erfassung von Verstößen gegen die Presse- und Medienfreiheit, die Öffentlichkeitsarbeit und praktische Hilfe für Journalisten zählen, bietet eine erschreckende, weil detaillierte Aufarbeitung der Übergriffe und Anfeindungen. Seit 2015 werden politisch motivierte Angriffe auf Journalisten in Deutschland dokumentiert. Das Phänomen der Angriffe gewann mit der Zunahme radikaler Demonstrationen und der Brandmarkung von Journalisten als „Lügenpresse“ immer mehr an Bedeutung. Die Berichte des ECPMF untersuchen, wie dieses „Feindbild“ die Bereitschaft zu tätlicher Gewalt beeinflusst und dokumentiert Fälle von physischer Gewalt gegen Journalisten. Insgesamt verifizierte das ECPMF zwischen 2015 und Mitte März 2021 190 tätliche Angriffe auf Journalist*innen. Verallgemeinerungen sind in der Regel nicht zweckdienlich, trotzdem sollte man der Vollständigkeit halber kurz das sogenannte „Täterprofil“ erwähnen: Aus den Tatbeschreibungen, aus zahlreichen Aussagen betroffener Journalist*innen und gesichtetem Videomaterial lässt sich auslesen, welche Täter*innentypen überwiegend auftreten. Die Täter*innen pressefeindlicher Angriffe sind häufig männlich, rechtsradikal und richten ihre Aggression oftmals gegen die Kamera. In 43 von 69 Fällen waren Männer die (Mit-)Täter, bei zehn Angriffen waren Frauen beteiligt. In 20 Fällen ist das Geschlecht der Täter*innen nicht bekannt. Damit sind tätliche Angriffe gegen die Presse weiterhin ein männlich geprägtes Phänomen.

Zudem rekrutieren sich die Täter*innen hauptsächlich aus verschwörungsideologischen und extrem rechten Milieus. Sie sind auch aufgrund von ideologischen Überschneidungen häufig weder in ihrem Handeln noch in ihrem Denken eindeutig voneinander zu trennen. (Quelle: ECPMF)

Der Deutsche Journalisten-Verband, Landesverband NRW (DJV-NRW), und das NRW-Innenministerium haben gemeinsam eine Broschüre, eine sechsseitige Handreichung, erarbeitet. Es handelt sich um einen Ratgeber zur Unterstützung einer (Zitat!) „starken, furchtlosen und freien Presse“. Man möchte Hilfestellung geben, wenn Journalistinnen und Journalisten zum Ziel von Anfeindungen werden, wie sie mit Drohungen, Beleidigungen, Sachbeschädigung und auch Angriffen umgehen sollen. Denn: „Eine freie und unabhängige Presse ist ein Grundrecht unserer Demokratie. Deshalb ist jeder Angriff auf Journalistinnen und Journalisten nicht

bloß ein Angriff auf die Pressefreiheit, sondern auf unsere Gesellschaft. Aus diesem Grund muss der Staat alles tun, um Medien und Medienschaffende vor Attacken jedweder Art zu schützen." Spannend ist die Idee einer „Notfallkarte“ für Mitglieder (Tel: 0211/2339933, hilfe@djv-nrw.de), vergleichbar mit dem Heimwegtelefon, das man nachts anrufen kann, wenn man sich auf dem Heimweg unwohl fühlt: Ein*e Ehrenamtliche*n am Telefon begleitet den Anrufenden bis nach Hause (Tel.: 030 12074182, gilt deutschlandweit). Bei der Notfallkarte für Journalisten gilt: Ab sofort ist am Wochenende eine spezielle Rufnummer geschaltet, an die sich Mitglieder bei Angriffen oder Bedrohungen wenden können, wenn sie Hilfe oder Beratung brauchen.

Aber kann es nun Sinn und Zweck journalistischer Arbeit sein, sich mit Notfallkarten einzudecken oder eben nur noch über unproblematische Ereignisse wie die Prämierung von Kaninchen, den entflohenen Wellensittich oder das Maibaumaufstellen zu berichten? Was für Lösungsmöglichkeiten kann es geben, um auch weiterhin direkt von Brandherden der Gesellschaft zu berichten?

Zum einen muss der Bürger auf das Problem aufmerksam gemacht werden, dazu gehört auch die Information, dass Angriffe auf Medienschaffende (ebenso auf Schiedsrichter, auf Feuerwehrleute oder Sanitäter)

kein Randproblem sind. Es kann nicht sein, dass sich Journalisten nur noch in Begleitung von Security an den Rand von Demonstrationen wagen. Ein bundeseinheitlicher Presseausweis muss nicht nur als Legitimation gelten, sondern insbesondere Polizeibeamte müssen wissen, wie dieser aussieht. Sie müssen den Ausweis als solchen erkennen können, um die Journalist*innen gegebenenfalls zu schützen und keine Bedrohung in ihnen zu sehen. Vielleicht wäre auch eine bessere Absprache zwischen Polizei und Medienleuten über Einsatzort und Platzierung sinnvoll. Und als bestimmt nicht letztes, aber nicht zu unterschätzendes Mittel muss die Bereitschaft zum Anzeigen von (angedrohten) Straftaten unterstützt werden. Ein Problem totzuschweigen, bringt nichts, man muss es an die Öffentlichkeit bringen und die (potenziellen) Täter zur Verantwortung ziehen. Denn es geht um Respekt, Respekt vor denjenigen, die ihrer Arbeit nachgehen, deren Ziel es ist, ihre Mitmenschen zu informieren, die Informationen zu bewerten, auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen – und auch einfach nur zu unterhalten.

Versuchen wir uns doch an dem Satz des französischen Journalisten und Politikers Louis Terrenoire zu orientieren: „Die Presse muss die Freiheit haben, alles zu sagen, damit gewissen Leuten die Freiheit genommen wird, alles zu tun.“ ■



Carolin Raffelsbauer ist promovierte Germanistin und irgendwann in den Journalismus „gerutscht“. Seitdem gibt sie an verschiedenen Institutionen und Hochschulen Seminare im Bereich Medien und Pressefreiheit. Privat findet man die passionierte Jagd-Reiterin meistens auf dem Pferderücken.

Anzeige



IHR DIE POLITIK – WIR DAS BIER!

Wildmosers

Restaurant · Cafe

Wildmosers Restaurant · Partner des PresseClub München · Marienplatz 22 · 80331 München · Tel: +49 89 238 86 696